

Ressort: Politik

Kein Panzerdeal für Journalisten-Freilassung

Sevim Dagdelen DIE LINKE.

Berlin, 05.01.2018, 16:01 Uhr

GDN - "Eine "§Normalisierung' der Beziehungen zur Türkei kann und darf es unter den gegebenen Umständen nicht geben. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hält Deutsche als Geiseln und lässt Andersdenkende und Oppositionelle weiter verfolgen und inhaftieren.

Kein Panzerdeal für Journalisten-Freilassung

"Es ist dreist und unverschämt, wenn der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu einen Neustart der deutsch-türkischen Beziehungen einfordert, während Ankara gleichzeitig die Verfolgung der demokratischen Opposition intensiviert und weiterhin zentrale Aktionsplattform für den islamistischen Terror in der Region ist.

Es ist skrupellos und zynisch, wenn Bundesaußenminister Sigmar Gabriel der islamistischen AKP-Regierung im Fall der Freilassung des inhaftierten Welt-Korrespondenten Deniz Yücel weitere Waffenexporte in Aussicht stellt. Die Freilassung eines zu Unrecht eingekerkerten Journalisten darf nicht durch einen Panzerdeal erkauf werden. Yücel ist unschuldig und muss ohne Gegengeschäft freikommen", erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende und Außenpolitikerin der Fraktion DIE LINKE. Dagdelen weiter:

"Eine "§Normalisierung' der Beziehungen zur Türkei kann und darf es unter den gegebenen Umständen nicht geben. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hält Deutsche als Geiseln und lässt Andersdenkende und Oppositionelle weiter verfolgen und inhaftieren. Der Umbau der Türkei in einen islamistischen Unterdrückungsstaat wird vorangetrieben und zudem werden islamistische Terrorgruppen in der Region unterstützt. In Deutschland wütet eine unheilvolle Allianz aus Erdogan-ergebenen Lobbyisten, Agenten, Imamen, Trollen und Schlägerbanden, welche zunehmend die öffentliche Sicherheit gefährdet

Statt mit Erdogan wieder auf Kuschelkurs zu gehen braucht es klare Kante gegen den Despoten aus Ankara. Statt weiterer Waffenlieferungen muss es einen vollständigen Stopp der Rüstungsexporte geben. Die Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur EU müssen offiziell ausgesetzt und alle Hilfgelder an Erdogan eingefroren werden. Deutschland und die EU dürfen sich nicht zu Steigbügelhaltern Erdogans bei der für ihn entscheidenden Präsidentschaftswahl 2019 machen, die der eigentliche Grund für die neuen Töne aus Ankara ist."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-100195/kein-panzerdeal-fuer-journalisten-freilassung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: M.Nowitzki

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. M.Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com